

# MITTLINKS Mai 7/16

Der Stachel  
im Fleisch  
der Etablierten

**DIE LINKE.**

Fraktion in der  
Bezirksversammlung HH-Mitte



## Liebe Leserin, lieber Leser,

nach einem Jahr Pause ist es wieder da: unser MittLinks. Wie bisher wollen wir mit dieser Publikation einige Schlaglichter auf unsere Arbeit in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte werfen.

Seit Mai 2014 besteht die Linksfraktion aus sieben Personen: **Christine Detamble-Voss** (Vorsitzende, St. Pauli), **Stefan „Teddy“ Dührkop** (stv. Vorsitzender, Veddel), **Tilman Rosenau** (Geschäftsführer, Billstedt) sowie **Tim Eckbrett** (Hamm), **Steffen Leipnitz**, **Ina Morgenroth** (beide St. Georg) und **Maureen Schwalke** (Billstedt). Inzwischen ist die runderneuerte Fraktion gut eingearbeitet und arbeitet erfolgreich als Stachel im Fleisch der Etablierten. Das gelingt ihr auch deshalb, weil viele zugewählte BürgerInnen in den Ausschüssen und engagierte GenossInnen in den Stadtteilen die Arbeit inhaltlich und praktisch unterstützen, danke dafür!

Es ist eine Menge passiert in den letzten zwei Jahren, erwähnt sei hier nur die Auseinandersetzung um die Hamburger Olympiabewerbung, die aus unserer Sicht erfolgreich endete. In deren Folge der Wechsel von Andy Grote in den Senat und die Bestellung von Falko Droßmann (SPD) als neuer Bezirksamtsleiter auf Initiative von SPD/Grünen ohne Ausschreibung und ohne Diskussion. Mal sehen, was draus wird ...

Und natürlich sind die Flüchtlinge aus den Ländern, in denen auch Deutschland Krieg führt und in die deutsche Firmen jede Menge Waffen liefern, ein großes Thema – im Bereich der Stadtplanung/Bauen wie auch im Sozialbereich. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Schutzsuchenden nicht nur irgendwo irgendwie unterkommen, sondern so schnell wie möglich in richtige Wohnungen ziehen können. Großsiedlungen für Tausende lehnen wir ab, aber wir wollen den sozialen Wohnungsbau schnell erheblich ausweiten.

In dieser Ausgabe ist aber von „kleineren“ Themen die Rede. Es geht vor allem um die Auswirkungen der von den anderen Parteien selbst verordneten Schuldenbremse auf die Aufgabenerfüllung von Stadt und Bezirk. Dazu finden Sie Beiträge aus Billstedt, Hamm und Wilhelmsburg, aus St. Georg berichten wir zum Umgang mit Minderheiten.

Ebenso dokumentieren wir den Umgang mit eigenen Beschlüssen der Bezirksversammlung im Zusammenhang mit dem Versuch, die Olympiabewerbung um jeden Preis durchzupeitschen.

*Wir wünschen eine aufschlussreiche Lektüre,  
die Redaktion*

# Inhalt

- ▶ Internationaler Frauentag: „Frauenberufe“ endlich aufwerten | 4 |
- ▶ Das neue Bezirksamt? | 6 |
- ▶ Der Plan für die Neubebauung des ESSO-Häuser Grundstücks | 7 |
- ▶ Wem gehört St. Georg? Der Hansaplatz | 10 |
- ▶ Freiräume im Hamburger Osten | 14 |
- ▶ NOlympia oder: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern? | 17 |
- ▶ Mietenexplosion in Kirchdorf Süd | 19 |
- ▶ Schuldenbremse und marode Straßen | 20 |
  - ▶ Unterbringung von geflüchteten Menschen in Hamburg und sozialer Wohnungsbau | 23 |
  - ▶ Wer macht was? | 26 |

Pressemitteilung 04.05.2016

**DIE LINKE.**

Fraktion in der  
Bezirksversammlung HH-Mitte

## Flüchtlingshilfe: Keine Gelder an die Bundeswehr!

Im Hauptausschuss der Bezirksversammlung Hamburg Mitte am 3.5.2016 wurde mehrheitlich ein Antrag verabschiedet, der der Flüchtlingshilfe der Hanseaten Kaserne in Horn 3.000 Euro aus dem Flüchtlingsfonds für die Arbeit mit Flüchtlingen zur Verfügung stellt.

DIE LINKE Bezirksfraktion Mitte hat gegen diesen Antrag gestimmt. DIE LINKE ist der Meinung, dass die Bundeswehr keine Gelder aus bezirklichen Mitteln erhalten sollte. Zum einen ist die Bundeswehr keine auf bezirklicher Ebene aufgestellte Organisation. Zum anderen – und das wiegt noch schwerer – sieht DIE LINKE Kriegseinsätze als wesentliche Ursache der aktuellen Flüchtlingsströme. Solange die Bundeswehr sich an Kriegseinsätzen beteiligt und Deutschland Waffen in Krisengebiete liefert, sieht DIE LINKE es als unangemessen an, wenn ausgerechnet die Bundeswehr aus Steuergeldern finanzierte Mittel für ihre ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit bekommen soll. DIE LINKE befürwortet es stattdessen, zivile Organisationen und deren Projekte finanziell zu unterstützen. Außerdem sind die Kommunen wesentlich besser mit Finanzmitteln für die Flüchtlingsaufgabe auszustatten.

### Warum Hauptausschuss?

Christine Detamble-Voss, Vorsitzende der LINKEN Bezirksfraktion: „Was uns bei diesem Antrag außerdem gestört hat, ist die Hinterzimmerpolitik. Wir fragen uns, warum dieser Antrag im Hauptausschuss und nicht in der Bezirksversammlung vor der Öffentlichkeit gestellt worden ist.“ Im Hauptausschuss sind selten Bürgerinnen und Bürger zugegen. Dieser Ausschuss tagt zwar öffentlich, doch ist dies vielen nicht bekannt.

**Rückfragen:** Christine Detamble-Voss: [christine.detamble-voss@linksfraktion-hamburg-mitte.de](mailto:christine.detamble-voss@linksfraktion-hamburg-mitte.de)



## Internationaler Frauentag 8. März 2016

### »Frauenberufe« endlich aufwerten!

Pünktlich jedes Jahr zum Internationalen Frauentag stellt die Öffentliche Medienlandschaft mit Erstaunen fest, dass immer noch die Frauen weniger verdienen als Männer.

Ich persönlich bekomme dann Wutanfälle über dieses scheinheilige Gesülze, bei den konsequent die Gründe dafür ignoriert werden, warum es seit Jahrzehnten so ist und sich so Einiges ändern muss, um da weiter zu kommen.

#### Dazu folgende Erklärung:

Entscheidend bei fast jeder Eingruppierung von Gehalt in den Tarifverträgen ist die Bewertung der Arbeit, über die zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern verhandelt wird: Handelt es sich um eine Arbeit mit Eigenverantwortung oder nicht? Konkret heißt das, die letzten 100 Jahre, wenn nicht länger, wurden und werden „Frauenberufe“ als sogenannte Assistenzberufe eingruppiert.

Das bedeutet konkret im Krankenhaus: Tägliche Frühvisite, der Arzt/die Ärztin erteilt Anordnungen und die Pflegekräfte führen aus. Die gesamte Hierarchie ist so organisiert. Noch so viele Fortbildungen und Zusatzqualifizierungen bringen zwar einige Verbesserungen in der Bezahlung, aber die hierarchische Grundordnung bleibt. Allen anderen Berufen geht es ebenso, z.B. Physiotherapeutinnen, medizinisch-technischen Assistentinnen, Diätassistentinnen, Sekretärinnen ... Ein anderes Bewertungssystem hat auch zur Folge, dass sogar die besonders starke und körperliche Belastung des Pflegepersonals, z.B. auf Krebsstationen nicht zusätzlich finanziell belohnt wird. Monatelange/ jahrelange Debatten und Verhandlungen mit den Krankenhausesellschaften, etc. haben keine Erfolge gehabt. Die Position der Arbeitgeber: Schichtdienst, Tod und Leid, schweres Heben etc., sind im Krankenpflegeberuf impliziert und bedürfen keiner besonderen tariflichen Bewertung. Entsprechend sieht es aus in ande-

ren Berufen, in denen fast nur Frauen arbeiten, z.B. Reinigungskräfte. „Putzen kann jede“. Aber es gibt keine Schmutzzulage wie in männlichen Arbeiterberufen. Es gibt die klassischen Mann-Frau-Kombinationen: Chef/Sekretärin, Koch/Diätassistentin, Sozialpädagogin/Erzieherin, etc.

Natürlich weiß ich, dass es auch Krankenpfleger gibt oder Erzieher. Aber denen geht's nicht besser, weil sie in einem sogenannten Frauenberuf arbeiten.

Die jetzige politische Situation macht es außerordentlich schwer, in nächster Zeit etwas grundlegend daran zu ändern. Wir haben schon lange kein Gesundheitswesen mehr, sondern eine Gesundheitsindustrie, die gewinnorientiert arbeiten „muss“, im Wettkampf mit der Konkurrenz, die Schlacht tobt, wer wird überleben, wer schluckt wen? Die konsequente neoliberale Politik, verstärkt durch die Schuldenbremse, hat das Ziel, öffentliche Daseinsversorgung zu reduzieren. Auf jeden Fall müssen die Sicherheitsorgane und die Gerichte bleiben der „Rest kann weg“. Wer da fröhlich mit frommen Liedern auf dieser Welle mitschwimmt, sind die christlichen Kirchen, die eine soziale, kommunale Einrichtung nach der anderen übernehmen. Flächendeckend. Steuerlich gefördert. Und was passiert in diesen christlichen Einrichtungen? Das christliche Familienbild wird in die Geschäftsordnung geschrieben und gilt dann für alle Beschäftigten. Scheidung wird mit Entlassung bestraft. Mitbestimmung und Personalräte werden abgeschafft und Tarifverhandlungen sowieso. Begriffe wie Arbeitgeber und Lohnabhängige lehnt die Kirche ab.

Man könnte mutlos werden. Nein, darum habe ich diesen Text nicht geschrieben. Aber wer kämpfen muss und will, sollte eine Lageanalyse machen und sich eine gute Strategie und Taktik überlegen. Die Gewerkschaften allein werden es nicht schaffen und auch nicht DIE LINKE. Der Kampf der Frauen um Emanzipation und Gleichberechtigung ist ein Vorbild an Ausdauer und Erfolg – trotz großer Opfer und Unterdrückung. So wie es in unserem Parteiprogramm steht.

Der 8. März, von Clara Zetkin zum internationalen Frauentag erklärt, hatte auch viele Opfer und Verfolgung zur Folge. Aber ich bin froh, dass heute Frauen selbst entscheiden können, ob sie ein Kind haben wollen oder nicht; ob sie heiraten wollen oder nicht; ob sie berufstätig sein wollen oder nicht; und vieles mehr.

Die Rechten sind auf dem Vormarsch ... Also weniger Gezanke und wenige leere Parolen. Es kommen schwierige Zeiten und nur die Praxis ist das Kriterium der Wahrheit.

► **Christine Detamble-Voss**, Jahrgang 1944



# Das Bezirksamt soll umziehen

## Ein erster Eindruck

Wie der Presse bereits zu entnehmen war, soll das Bezirksamt Hamburg-Mitte und damit natürlich auch die Bezirksversammlung umziehen in ein ehemaliges Springer-Gebäude an der Fuhrentwiete.

Zur Erinnerung: 2009 sollte es ins Überseequartier gehen, wir haben schon mal über Raumpläne gestritten, das Haus ist bis heute nicht gebaut. Dann sollte es das Gebäude der Wirtschaftsbehörde am Alten Steinweg werden. Und zwischendurch war immer mal wieder das Gelände der sog. „Hillgruber-Häuser“ im Münzviertel im Gespräch. Mal sehen, ob und wann es was wird ...



Foto: Maureen Schwalke

Aber wenn der Umzug ins Springerhaus kommt: Für die gebeutelten Mitglieder der Bezirksversammlung, von denen einige das Gebäude besichtigen konnten, wird es der Wahnsinn: Panoramablick aus dem 11. Stockwerk in fast allen Konferenzräumen, die den Fraktionen und Ausschüssen künftig zur Verfügung stehen sollen. Der Sitzungssaal wird riesig im Vergleich zum jetzigen, es ist ein geschlossener langgestreckter Raum, rechteckig und beidseits eine lange Fensterreihe, mit moderner Akustik, WC,

Teeküche und Nebenräumen. Die Sitzordnung ist noch streitig ...

Beeindruckend die Cafeteria im Erdgeschoss für alle, auch für KundInnen und BesucherInnen, ebenso der Eingang von der Kaiser-Wilhelmstr. 20 aus: Ein Atrium mit Springbrunnen, geradeaus in die riesige Eingangshalle mit mächtigen bunten Wandmalereien, die denkmalgeschützt sind. Ein Vermächtnis von Axel Springer.

Den Beschäftigten der Bezirksverwaltung wird es allerdings nicht so gut gehen. Die Büroräume sind klein und knapp bemessen. Zumal das Gesundheitsamt an der Adenauerallee aufgegeben werden soll und ins Haupthaus mit einziehen muss. Mehr Personal hätte gar keinen Platz. Die gute Nachricht: Großraumbüros, wie von Andy Grote gewollt, wird es nicht geben. Der Personalrat hat das verhindert. Trotzdem wird es eine Verbesserung zum alten Bezirksamt sein. Das tägliche Akten-Geschleppe per Rollis von der Bezirksverwaltung zum Sitzungssaal bei Wind, Regen, Schnee in den späten Abendstunden und nach den Sitzungen im Finstern wieder alles zurück in den „eigenen“ Block – damit wird Schluss sein. Hoffentlich klappt es.

Schauen Sie doch einfach mal dort vorbei. Den Eingang etc, können Sie von der Kaiser Wilhelm-Straße 20 besichtigen. Das Gebäude steht ja nicht leer, viele andere Menschen arbeiten in diesem großen Bürogebäudekomplex. Die Cafeteria kann man von der Speckstraße also von der anderen Seite des Springerhauses entdecken.

**Vielleicht besuchen Sie diesmal ja wirklich Ihr künftiges Bezirksamt ...**

► **Christine Detamble-Voss**

# Der Plan für die Neubebauung des ESSO-Häuser Grundstücks

## Beispiel für eine gelungene (und erkämpfte!) BürgerInnenbeteiligung

Seit vielen Jahren wollte die „Bayrische Hausbau“ anstelle der ESSO-Häuser am Spielbudenplatz ein dicht bebautes profitträchtiges Projekt durchziehen.

Zustimmung im Stadtteil gab es dafür nie, schon gar nicht von der LINKEN. Leider ist es nicht gelungen, die Häuser zu erhalten, wohl aber, die Beteiligung der AnwohnerInnen durchzusetzen. Zum Glück waren dank des öffentlichen Drucks letztlich auch Bezirksverwaltung und Bezirkspolitik nicht bereit, dem Profitinteresse freie Bahn zu gewähren.

Wir dokumentieren hier den „St. Pauli-Code“, der von vielen St. PaulianerInnen im Vorfeld der Auslobung des Wettbewerbs für die Neubebauung des ESSO-Häuser-Grundstücks entwickelt wurde. Mit materieller Unterstützung des Bezirks entstand unter sehr breiter BürgerInnenbeteiligung eine „Blaupause“ für die Neubebauung des Grundstücks, die im Stadtteil große Zustimmung fand und im Stadtplanungsausschuss von allen Parteien akzeptiert wurde. Nun gilt es, das Wettbewerbsergebnis und vor allem weitere Bauvorhaben auf ihre Übereinstimmung mit dem „Code“ zu überprüfen!

Möge dieser Prozess und sein Ergebnis NachahmerInnen anderswo im Bezirk finden, angepasst natürlich an die speziellen Gegebenheiten im Stadtteil – wir werden uns da ein bisschen einmischen.



Das Foto ist auf Bestellung in diversen Größen im Studio South-Central erhältlich, Sieldeich 50 Tel. 040-668 799 21.

Foto: © Volker Hansen / Studio South-Central



## St. Pauli Code

Der Auslobung des städtebaulichen Wettbewerbs ging ein breiter und tiefer, öffentlicher und partizipativer Planungsprozess voraus. Im Auftrag des Bezirks Hamburg-Mitte hat die PlanBude gemeinsam mit der Bevölkerung unter Einsatz künstlerischer und planerischer Mittel intensiv daran gearbeitet, den „St. Pauli Code“ zu knacken. Über 2000 Beiträge sind entstanden. Die Erwartung an die Planung ist hoch: Wie lässt sich in einem Neubau das fortsetzen, was St. Pauli speziell macht?

### 1. Unterschiedlichkeit statt Homogenität

St. Pauli ist ein Quartier, das sich durch unterschiedliche Lebensentwürfe, kulturelle Hintergründe, Gender-Orientierungen oder erotische Vorlieben, die vom Mainstream abweichen, auszeichnet. Dies tritt häufig auch sehr deutlich, symbolhaft und drastisch hervor, bestimmt Straßenzüge, Lokale und Fassaden - ganz anders als in der sonst diskret auftretenden Hansestadt.

### 2. Kleinteiligkeit

Kleinteiligkeit ermöglicht, dass solche unterschiedlichen Läden, Lokale und Begegnungsräume entstehen und trotz Widersprüchlichkeit dicht nebeneinander liegen, sich stapeln und miteinander kommunizieren.

### 3. Günstig statt teuer

Bis vor kurzem war St. Pauli der ärmste Stadtteil im Westen der Bundesrepublik. St. Pauli ist immer noch einer der ganz wenigen Stadtteile Hamburgs, wo sich unterschiedlichste Klassen begegnen - weil auch die Leute mit weniger Geld hier ausgehen - und wohnen. Auch die kulturelle Vielfalt konnte hier aufgrund günstiger Mieten für Läden und Wohnungen entstehen, durch die rasant steigenden Mieten ist dieses Gleichgewicht gefährdet. Das Viertel hat dadurch nicht nur Bewohner\_innen verloren, sondern auch an Originalität.

### 4. Originalität und Toleranz

Persönlich geprägte Läden, hier Gewachsenes, Originales soll in die neuen Gebäude zurückkehren. Das gleiche gilt für die ehemaligen Mieter\_innen der Wohnungen, wie auch für Leute, die aus St. Pauli verdrängt werden. Genau das, was die Reeperbahn und den Kiez einst auszeichnete, verschwindet heute zusehends. Die Abweichung wird trivialisiert aufgeführt, aber seltener gelebt als früher.

## 5. Aneignung und Lebendigkeit

Gefragt sind schmuddeliger Glamour und Lebendigkeit: Angeeignete, plakatierte oder getaggte Wände, ein durch die Praxis der Bewohner\_innen und Ladenbesitzer\_innen geprägter Außenauftritt - statt designer Hochglanzfassaden. Die bisherige Investorenarchitektur der letzten 10 - 20 Jahre hat es nicht geschafft, dass „St. Pauli“ sich in diesen Gebäuden fortsetzt. Gefragt ist deswegen kein Retortendesign - sondern lebendiger Ausdruck.

## 6. Experiment und Subkultur

Die Reeperbahn kriegt schlechte Noten von den St. Paulianer\_innen - zu vorformatiert, überraschungslos und eingeschränkt ist das Vergnügen. Direkt an der Reeperbahn fehlen Orte, an denen Kultur nicht nur aufgeführt, sondern neu erfunden wird. Experimente, Subkultur und Kulturproduktion statt einer vorgefertigten Trivalkultur sind gewünscht.

## 7. Freiraum ohne Konsumzwang

Neben diesen Experimenten werden auch öffentliche Orte gefordert, die zu Orten des Gemeinsamen, der Begegnung, des Austauschs und der Interaktion werden können, ohne dass diese durch Konsumzwang eingeschränkt werden. Orte, an denen nichts „geboten“ wird außer hohe Aufenthaltsqualität und eine anregende Umgebung sowohl für die Nachbarschaft wie auch die Besucher\_innen.

### ► Kurzzusammenfassung des PlanBude-Prozesses:

[planbude.de/unsere-grundlage-dieergebnisse-des-planbuden-prozesses](http://planbude.de/unsere-grundlage-dieergebnisse-des-planbuden-prozesses)

### ► Ausführliche Infos zur PlanBude: [www.planbude.de](http://www.planbude.de)

**Pressematerial:** [www.wuala.com/PlanBude/Pressematerial](http://www.wuala.com/PlanBude/Pressematerial)



# Wem gehört St. Georg?

## Der Hansaplatz – ein Ringen zwischen laktosefreiem Bio-Latte und Holsten aus der Dose

**St. Georg ist einer der widersprüchlichsten Stadtteile Hamburgs.**

Die Lange Reihe galt noch in den 70ern als Schandfleck der Prostitution und der „dunklen Gestalten“. Heute haben ayurvedische Tee-Lädchen, vegane fair-trade Cafés, Bio-Burger-Lounges und Souvenir-Boutiquen mit hand-crafted Produkten von Designern aus der Region das Zepter übernommen. Das ehemals unangepasste, revoltierende, schwule Quartier ist zu einem Paradies für konsumfreudige Hipster und sich bewusst-ernährende Marketing- und Werbe-Pärchen geworden. Touristen scharen sich hier zu Hauf auf der Suche nach dem Geruch und Geschmack dieses alternativen Szene-Stadtteils. Alternativ ist hier aber schon lange nichts mehr. Es herrscht der Mainstream mit all seiner zuckersüßen Altbau-Romantik, seinen durchdesignten Laden-Lokalen und mit Blumen bestückten Bürgersteigen ...

Die Wohnungen im Umfeld der Langen Reihe sind längst in Eigentum umgewandelt. Und steht doch mal eine Wohnung zur Miete frei, lässt der Mietpreis jeden Gering- und Normalverdiener zurückschrecken. Die Wohnungen hier sind durchsaniert worden, um sie anschließend um ein Vielfaches teurer auf den Markt zu werfen. Die Leute reißen sich darum.

Unlängst wurden durch die Stadt einige Straßenzüge von „normaler“ in eine „gute Wohnlage“ hochgestuft, was dazu führte, dass einige Vermieter umgehend von ihrem Recht Gebrauch machten und die Mieten um mehrere Prozentpunkte erhöhten. Der einflussreichste Faktor bei dieser Einstufung ist der Bodenrichtwert. Der Bodenrichtwert bestimmt sich aber nicht etwa durch das Grün der Umgebung oder den Zustand der Straße – nein, der Bodenrichtwert ergibt sich aus den Grundstückspreisen in den jeweiligen Straßenzügen. Nachdem Spekulanten die Preise nach oben gejubelt haben, tut die Stadt ihr Übriges und sorgt dafür, dass Vermieter ihren Freibrief für Mieterhöhungen bekommen. Kurzum: Dieses Quartier ist nichts für Arme und soll es auch nicht sein!

Die schmutzige Schwester der Langen Reihe ist der Hansaplatz mit seinen umliegenden Straßen. Im Prinzip grenzen beide aneinander. Es gibt, Gerüchten zufolge, Einwohner St. Georgs, die sich jedoch noch nie weiter als bis zur Tankstelle in der Baumeisterstraße getraut haben. Sobald der Hansaplatz in erkennbare Nähe rückt, überkommt sie ein Schaudern, vielleicht ist es auch Angst oder Ekel... Eltern geben besorgt zu erkennen, dass sie ihre Kinder nie über diesen Platz schicken würden. Offenbar löst das Ungeordnete, das Arme, etwas Runtergekommene in manchen Menschen Ängste aus, vielleicht auch Wut.

Der Hansaplatz und seine Umgebung sind geprägt von Straßenprostitution, Migration, Drogenkriminalität, Müll, Grölerei, von öffentlich-pinkelnden Trinkern, verrauchten Kneipen, von hübschen Altbauten, netten Cafés, Sommernächten, die einem die

Vorstellung vermitteln, man sitze auf einem Marktplatz in Italien, von türkischen und arabischen Gemüseläden, wahnsinnig vielen Herrenfriseurinnen, indischen Stoffläden, von Sex-Shops, Leihhäusern und Spielotheken. All das ist dort zu finden, all das mischt sich an diesem öffentlichen Platz. Manchmal leben die Welten zwischen Veggie-Frappuccino und Dosenbier friedlich nebeneinander her, manchmal prallen sie tosend aufeinander.

Ihr Unbehagen und die Unzufriedenheit mit dem „Problem-Platz“ taten einige Gewerbetreibende und AnwohnerInnen im September 2014 in einem „Brandbrief“ an das Bezirksamt Mitte und den Senat kund. Sie machten ihrem Frust über Trinker, Kriminalität und Müll so richtig Luft und fragten Bürgermeister und Bezirksamtsleiter, ob man denn erst rechts-konservative Parteien wie damals 2001 wählen müsse, damit sich etwas ändert.

Als Reaktion darauf wurde das Forum Hansaplatz von der Bezirksversammlung Mitte eingesetzt. BürgerInnen wurden eingeladen, zusammen mit Parteienvertretern über die Situation zu diskutieren. Kurz zuvor gründete sich ein Runder BürgerInnen-Tisch Hansaplatz, in dem BewohnerInnen versuchten, die Themen und Probleme im Quartier konstruktiv anzugehen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Das Forum tagte von Mai bis Juni 2015 insgesamt 4 Mal. Am Ende stellte jede Partei einen Maßnahmenkatalog vor, wie die Situation am Hansaplatz zu verbessern wäre. Der mehrseitige Maßnahmenkatalog der SPD/Grüne-Koalition umfasste unter anderem ein Glasflaschenverbot für den Hansaplatz, eine eingeschränkte Alkoholausschankerlaubnis, einen Trinkerraum, einen milieunahen Ansprechpartner, der sich um Sauberkeit und Sicherheit kümmern soll, einen Quartierskümmerer, sowie die bessere Vernetzung der sozialen Träger in St. Georg.

Ein großer Teil dieser Maßnahmen wurde unter dem Punkt „Sozialarbeit“ behandelt. Mit Sozialarbeit haben ein Quartierskümmerer, ein Mensch für Sauberkeit und Sicherheit und ein Trinkerraum aber nichts zu tun. Da hatten sich die Koalitionspar-

**Manchmal leben die Welten zwischen Veggie-Frappuccino und Dosenbier friedlich nebeneinander her, manchmal prallen sie tosend aufeinander.**



teien wohl in der Profession vertan, denn Soziale Arbeit ist in erster Linie für das Wohlergehen ihrer KlientInnen zuständig und darum bemüht, soziale Ungleichgewichte auszugleichen, sowie einen Dialog zu fördern und Chancen zu eröffnen. Es geht dabei nicht darum, rein norm-verdeutlichende Maßnahmen wie von SPD und Grünen aufgelistet, umzusetzen, sondern die soziale Lage der Klientel in den Blick zu nehmen und zu verbessern.

Möglichst wenig Geld sollte in die Hand genommen werden. Bestehende Strukturen sollten ausgebaut oder besser gesagt, ausgebeutet werden. Denn tatsächliche Investitionen in das soziale Hilfesystem wollten SPD und Grüne nicht tätigen. Ein paar Verbote hier, ein Trinkerraum außerhalb des Stadtteils dort, gemixt mit ein bisschen mehr Vernetzung der bereits bestehenden und jetzt schon unterfinanzierten sozialen Träger – das war der Schlüssel zum vermeintlichen Erfolg.

Die Vorschläge der CDU, vor allem auch der AfD, erspare ich der/dem Lesenden an dieser Stelle.

Durch den Runden BürgerInnen-Tisch, der bis heute durchgehend tagt, wurden alle sozialen Einrichtungen St. Georgs an einen Tisch geladen. Die MitarbeiterInnen berichteten, dass das komplette soziale Hilfesystem unter massiven Mittelstreichungen und der Schuldenbremse zu leiden hat. Darüber hinaus wurde deutlich, dass die sozialen Einrichtungen überwiegend überhaupt nicht für die Klientel am Hansaplatz zuständig sind und zudem nur sehr wenige Einrichtungen Straßensozialarbeit leisten. Sie machten deutlich, dass eine Vernetzung, wie von SPD und Grünen gefordert, bereits besteht, diese jedoch nicht über fehlende Strukturen in den Einrichtungen aufgrund von Mittelknappheit hinwegtäuschen kann.

Die Vorschläge der Linksfraktion, welche auch auf dem Forum Hansaplatz vorgestellt wurden, wurden in der darauffolgenden Sitzung der Bezirksversammlung abgeschmettert. Genau wie die sozialen Einrichtungen und der Runde BürgerInnen-Tisch

forderten wir den Ausbau und die Erweiterung der Sozialen Arbeit am Hansaplatz, vor allem im Bereich Streetwork. Das Angebot sollte speziell auf die Bedarfe der KlientInnen am Hansaplatz und Umgebung ausgerichtet sein. Wir forderten auch die Einrichtung einer öffentlichen, kostenlosen Toilette mit 24-Stunden-Betreuung, sowie das Aufstellen von Bänken am Hansaplatz und eine Platzreinigung mit leiseren Maschinen. All diese Maßnahmen kosten natürlich Geld. Nachhaltige Veränderungen erreicht man nicht durch Flickschusterei. Aber wenn einem Themen wichtig sind, nimmt man auch Geld in die Hand. Das hat

uns der Senat beim Hype um Olympia deutlich gezeigt. Die Frage ist nur, welchen Stellenwert man dem Sozialstaat zukommen lässt und welchen der Eventisierung. Die Koalition und alle anderen Parteien in der Bezirksversammlung lehnten also unseren Antrag ab und SPD und Grüne schickten ihren unausgegorenen Katalog zur Realisierung an das Bezirksamt. Das war im Juli 2015. Dann passierte lange nichts ...

Auch die Brandbrief-Schreiber schwiegen in dieser Zeit. Das Thema „Verwahrlosung St. Georgs“ schien eingeschlafen zu sein. Der Winter tat sein Übriges, um die Materie scheinbar in der Versenkung verschwinden zu lassen.

**Genau wie die sozialen Einrichtungen und der Runde BürgerInnen-Tisch forderten wir den Ausbau und die Erweiterung der Sozialen Arbeit am Hansaplatz, vor allem im Bereich Streetwork.**

Auf Nachfragen und Drängen des Runden BürgerInnen-Tisches wurde schließlich für Februar 2016 ein erneutes Forum Hansaplatz angesetzt also acht Monate nach der Verabschiedung des SPD/Grünen-Maßnahmenkatalogs. Dieses Mal sollten Verwaltung und Bezirkspolitik darüber berichten, welche Maßnahmen umgesetzt wurden bzw. in der Planung sind oder nicht umsetzbar erscheinen.

Sechs Tage vor dem anberaumten Termin wurde das Forum wieder abgesagt. Begründet wurde die Terminverschiebung auf unbestimmte Zeit wie folgt: „Denn das Bezirksamt möchte Sie über „echte Ergebnisse informieren und nicht nur einen Zwischenstand geben“.

Waren 8 Monate nicht genug Zeit, um zumindest die eine oder andere Maßnahme zu prüfen und ggf. umzusetzen? Wie intensiv wurde an der Realisierung des Katalogs gearbeitet? Warum hatte die Verwaltung nicht schon längst selbst eine Stellungnahme oder einen Zwischenbericht vorgelegt, anstatt auf das Drängen der BürgerInnen zu warten? Ob ein weiterer Grund die bevorstehende „Wahl“ von Falko Droßmann zum Bezirksamtsleiter war, bleibt offen. Er hatte als Vorsitzender des Cityausschusses das Forum Hansaplatz in der Vergangenheit geleitet und hätte dies auch zum abgesagten Termin am 24.02.2016 tun sollen. Einen Tag später wurde er von seinen SPD-Genossen und einer weichgespülten Grünen-Fraktion in das Amt des Bezirksamtsleiters gehoben. Eine Ausschreibung, etwaige Bewerbungen oder GegenkandidatInnen hatte es nicht gegeben. Dafür hatte die Koalition gesorgt. Ob sie auch für ein soziales Miteinander und nachhaltige Konzepte am Hansaplatz sorgt, ohne dass Menschen, die nicht ins bürgerliche Bild passen, verdrängt und kriminalisiert werden, darf man infrage stellen. Es ist viel möglich, wenn man es nur will, und es geht Vieles nicht, weil man es nicht möchte.

**Es ist viel möglich, wenn man es nur will und es geht Vieles nicht, weil man es nicht möchte.**

Am Hansaplatz erleben wir ein uraltes menschliches Phänomen – nämlich die Annahme, dass die eigenen Interessen am notwendigsten und korrektesten seien und deshalb Anders-Lebende keinen Platz in dieser Umgebung finden können bzw. sich den eigenen Lebensumständen anzupassen hätten. Andere als die eigene Lebensform werden als störend und unpassend empfunden. Wer den Kürzeren bei diesem Macht- und Verteilungskampf zieht, liegt auf der Hand. DIE LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte setzt sich deshalb auch weiterhin für ein plurales Zusammenleben am Hansaplatz und seinen umgebenden Straßen ein, in dem jeder dem Anderen gegenüber Respekt, Menschlichkeit und etwas Nachsicht zeigt. Verdrängung löst keine sozialen Probleme, sie verschiebt sie nur. Deshalb antworten wir auf soziale Fragen mit sozialen Maßnahmen.

**Niemand ist berechtigt, andere Menschen aus einem öffentlichen Raum auszuschließen! St. Georg gehört allen!**

► Ina Morgenroth

## Hamm/Horn

# »Freiräume« im Hamburger Osten

## »Qualitäten«, wohin das Auge reicht

Seit einigen Jahren wird im Osten geplant, was das (virtuelle) Reißbrett hergibt, es gibt allmählich mehr grüne Tische als grüne Flächen und eine kaum noch zu durchschauende Projektlandschaft – vom großflächigen und langfristigen Senatskonzept »Stromaufwärts an Elbe und Bille« bis zu kleinräumigeren und kurzatmigeren »Freiraumkonzepten«.

Angestrebt wird im »Stromaufwärts«-Modell (das allerdings noch vor dem stark steigenden Zuzug von Flüchtlingen veröffentlicht wurde) die Errichtung von bis zu 20.000 zusätzlichen Wohnungen im Gebiet von Hammerbrook bis Billstedt. Dabei soll »mehr Stadt in der Stadt« und eine bessere Verbindung von Wohnen und Arbeiten geschaffen sowie »Lebensqualität trotz Verdichtung« gewährleistet werden. An dem dabei immer wieder beschworenen Stichwort der »Freiräume« und ihrer auszuschöpfenden »Qualitäten« wird deutlich, welche Widersprüche sich zwischen hehren Zielen und ihrer Umsetzung auftun. Hier drei Beispiele von vielen:

- 1) Die Radroute auf dem Grünstreifen Horner Geest (Teil der Veloroute 8) zeigt, dass auch bei ehrgeizigen Projekten an einfachsten Erhaltungsmitteln gespart wird. Als im Januar 2016 im Regionalausschuss Hamm/Horn/Borgfelde/Rothenburgsort eine Bürgerin die mangelnde Schneeräumung auf dem Fuß- und Radweg beklagte, wurde ihr vom grünen Vertreter der rot-grünen Bezirkskoalition, Dr. Michael Osterburg, entgegnet, dass aus Kostengründen eine Schneeräumung nur auf dem Radstreifen erfolge, sodass sich Fußgänger und Radfahrer den geräumten Raum teilen müssen.

Angesichts der intensiven Nutzung ist diese Auskunft nicht angemessen. Nun sind für den weiteren Ausbau der Landschaftsachse nach Osten („Grünzug Horner Geest“) immerhin 4,95 Mio. Euro, davon 3,3 Mio. Euro Bundesbeteiligung vorgesehen. Zu prüfen ist, ob darin z.B. auch eine Reinigung und Pflege erhalten ist, die nicht die eine nichtmotorisierte Nutzergruppe gegen die andere ausspielt.



Foto: Tim Eckbrett

2) **Der Löschplatz im südlichen Hamm** besteht bislang aus einer Grünfläche mit Bäumen und einigen Sitzgelegenheiten. Er wird (als einer der wenigen im Viertel bestehenden öffentlichen Zugänge zum Wasser) besonders im Sommer als Erholungsort genutzt. Hier lief im Sommer 2015 im Rahmen des Freiraumkonzepts „Spot on Hamm/Horn“ eine ausgefeilte Befragung und Erkundung mit



Foto: Marion Fisch

AnwohnerInnen, in deren Gefolge von Vertretern der Landschaftsarchitekten Breimann & Bruun sowie der BIG-STÄDTEBAU GmbH u.a. ein Konzept für einen Bootsanleger und eine Neugestaltung der Grünfläche erarbeitet wurde. Die vorgesehenen städtischen Investitionsmittel bewegen sich in der Höhe von null Euro. Der „Ausweg“: Die wiederum im »Stromaufwärts«-Konzept als neue Nachbarn projektierten (für die Öffentlichkeit noch unbekannt) Wohnungsbauinvestoren sollen sich neben ihrem eigentlichen Immobilienprojekt des Konzeptes annehmen und dieses stadtteilorientiert zur Reife bringen. Wird damit wirklich dem Ziel gedient, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen? Oder ist das gar nicht das Ziel, sondern ein Projekt Hansaterrassen 2 mit attraktiven Eigentumswohnungen in Wassernähe wie am Ende der Wendenstraße bereits umgesetzt? Nutzungskonflikte am Löschplatz sind dann programmiert.

3) **Die Carl-Petersen-Straße im nördlichen Hamm** bietet seit Jahren Anlass für Kummerisse wegen Ladenleerständen und Defiziten im Straßenbild. Nicht einmal eine Tempo-30-Zone ließ sich hier bislang durchsetzen. Dabei zeigt sich am nahegelegenen Sievekingdamm bereits, was es bedeutet, wenn sich die Gestaltung von Bürgersteigen nach den anliegenden neu gebauten oder bestehenden Immobilien richtet: Anstatt dass die Stadt eine einheitliche oder zumindest übergreifende städtische Planung mit Vorgaben für begehbare Bürgersteige ohne Stolperfallen etc. entwickelt, diese auch umsetzt und laufend für die Reparatur sorgt, entsteht ein Flickenteppich schon innerhalb einer Straße. Das Ziel einer ausgleichenden Stadtentwicklung wird geradezu ad absurdum geführt.



Foto: Marion Fisch



### Was kann die LINKE tun?

**DIE LINKE setzt sich für den Erhalt öffentlicher Grün- und Freiflächen ein**, die kostenfrei für alle zugänglich sind und regelmäßig gepflegt werden, und zwar von tariflich bezahlten, ökologisch und gärtnerisch geschulten Kräften, für die sich Grünpflege nicht in Hauruckaktionen wie z.B. dem breitflächigen Kürzen von Sträuchern auf Kniehöhe erschöpft. »Green gym« als Gymnastik mit anschließender Parkpflege wie im Öjendorfer Park ist wiederum eine raffinierte Idee, aber nicht flächendeckend umsetzbar. Ebenso bietet »Urban Gardening« vielfältige Aktionsmöglichkeiten, lässt sich aber nur an ausgewählten Orten und mit hohem Kraftaufwand der Beteiligten verwirklichen.

**Das Leitbild der „qualifizierten Freiräume“, in denen die sich permanent qualifizierenden BürgerInnen ihrer qualifizierten Erholung nachgehen, schließt Teile der Bevölkerung aus.** Gerade diese (z.B. Ältere, Menschen mit geringen Einkommen) sind auf wohnortnahe Freiräume zur Erholung und als Treffpunkte angewiesen. Auch hierbei ist es also immer wieder notwendig, die unter dem geradezu ermüdenden Gebrauch des »Qualitäts«-Begriffs verkündeten Maßnahmen daraufhin abzu prüfen, ob sie dem Ziel »Aufwertung ohne Verdrängung« auch nur im Ansatz gerecht werden.

**Die Kritik an Fehlentwicklungen entbindet die LINKE nicht davon, sich mit eigenen Vorschlägen für Investitionen in »Freiräume« und deren Gestaltung einzubringen.** Solange es, gerade im Osten, nicht genug alternativ-selbstorganisierte Räume gibt, muss dies auch in Gremien geschehen, die die Gefahr der »Mitmachfalle« bergen, wie z.B. Quartiersbeiräte. Gerade hier lohnt es sich aber auch zu intervenieren, wenn ausgrenzende Nutzungen bzw. Neugestaltungen drohen. Daneben gilt es, zusammen mit BürgerInnen bei Infoständen, Stadtteilbegehungen und Radtouren die Aufmerksamkeit für die Freiräume und stadtpolitische Zusammenhänge zu schärfen. Hierbei lässt sich veranschaulichen, was eine Privatisierung öffentlicher Räume und der Rückzug städtischer Verantwortung und Finanzierung konkret bedeutet.

► Marion Fisch

# NOlympia

## oder: was interessiert mich mein Geschwätz von gestern ...

Die Schlacht um die Olympiabewerbung ist geschlagen: Die Mehrheit der Hamburger Wähler hat NO gesagt; und das ist gut so.

Eine kleine Nachbetrachtung sollte man aus linksparlamentarischer Sicht in Hamburg-Mitte doch noch machen, denn im Zuge des Olympiareferendums hatte die SPD eine „gute“ Idee. Unter der Drucksachenummer 21-1448 stellte sie auf der Bezirksversammlungssitzung am 17.09.2015 folgenden Antrag, der auch so von einer sehr großen Mehrheit der Abgeordneten beschlossen wurde:

1. Vor dem Olympia-Referendum am 29. November 2015 soll eine Jugendkonferenz mit jungen Menschen ab 16 Jahren in Hamburg-Mitte durchgeführt werden.
2. Das Konzept zur Durchführung einer Jugendkonferenz wird gemeinsam mit einem Vertreter jeder Fraktion, in Absprache mit den Fraktionsvorsitzenden und dem Bezirksamtsleiter, erarbeitet.
3. Die Bezirksversammlung stellt zur Finanzierung bis zu 3.000 Euro zur Verfügung.

Die unter Punkt 2 beschlossene „Absprache“ und „Erarbeitung“ fand nie statt. Zumindest wurde die Fraktion DIE LINKE nicht zu einem Vorbereitungstreffen eingeladen. Stattdessen bekamen wir am 10. November von der Verwaltung folgende Mail:

*„Hallo zusammen, die Bezirksversammlung hat am 17.09.2015 den Antrag 21-1448 Jugendbeteiligung stärken – Jugendkonferenz zu Olympia! beschlossen. Nun möchte ich Ihnen im Namen von Herrn Regh die Einladung zur Jugendkonferenz zukommen lassen, bitte leiten Sie diese gerne an Interessierte weiter.“*

Da waren wir doch ein wenig überrascht! Auf Nachfrage unsererseits bei der Verwaltung, erhielten wir folgende Antwort:

*„Herr Regh (Organisator) hat mitgeteilt, dass es hier um ein Hearing mit zwei Referenten, die ein Projekt vorstellen, geht. Für die offene Situation am Ende (11.30-12 Uhr) sollten die Fraktionen jeweils einen Vertreter benennen, der für weitere Fragen zur Verfügung steht. Herr Regh bittet um Mitteilung, wer von Ihrer Fraktion dieser Vertreter sein soll. Seine Mail- Anschrift lautet: xxx.“*

Hier wurden wir also vor vollendete Tatsachen gestellt und durften (bestenfalls) noch einen Vertreter für DIE LINKEN benennen. Diese Antwort veranlasste uns, nachfolgenden Antrag am 19. November in die Bezirksversammlung einzureichen.

Natürlich hatten wir auch einen Vertreter „für die offene Situation am Ende“ des „Hearings“ entsandt. Hierbei hatte sich schon allein die Kontaktaufnahme als schwierig herausgestellt. Auf der Veranstaltung selber kamen wir nicht zu Wort.

## Antrag Fraktion DIE LINKE vom 19.11.2015

### Nichteinhaltung des Beschlusses Drucksachennummer: 21-1448

Auf der Bezirksversammlungssitzung vom 17.09.2015 wurde o.g. Antrag der SPD angenommen. Unter Punkt 2 des Petitions wurde beschlossen:

*„Das Konzept zur Durchführung einer Jugendkonferenz wird gemeinsam mit einem Vertreter jeder Fraktion, in Absprache mit den Fraktionsvorsitzenden und dem Bezirksamtsleiter, erarbeitet.“*

Nach § 22 (1) BezVG hat das Bezirksamt die Entscheidung der Bezirksversammlung (BV) umzusetzen. Dies ist nicht erfolgt. Die Einladung zur Jugendkonferenz wurde am 10.11.15 von der Verwaltung zur Kenntnis und Weiterleitung an Interessierte übermittelt. Eine vorhergehende Erarbeitung des Konzeptes zur Durchführung einer Jugendkonferenz (gemäß Punkt 2 des Petitions) ist nicht erfolgt. Damit hat der Bezirksamtsleiter gegen seine Pflicht zur Umsetzung des Beschlusses der BV verstoßen. Unter Punkt 3 des Petitions hat die Bezirksversammlung beschlossen: „Die Bezirksversammlung stellt zur Finanzierung bis zu 3.000 € zur Verfügung.“ Ohne die Umsetzung des zweiten Punktes kann die Umsetzung des dritten Beschlusspunktes nicht erfolgen.

#### Letzte Meldung zur Kürzungspolitik

Aus dem Wochenblatt Hamm/Horn vom 6.4.2016:

»Viele Sportanlagen in Hamburg sind sanierungsbedürftig, müssen ausgebaut oder modernisiert werden. Die Nachfrage nach neuen Kunstrasenplätzen sei in Hamburg-Mitte besonders hoch, berichtet SPD-Politiker Yannick Regeh.

Doch der Senat halbiert offenbar für das kommende Jahr die Mittel.« (von vier auf zwei Mio. Euro, red)

#### Die Bezirksversammlung möge beschließen:

1. Die BV wird wegen der Nichteinhaltung des Beschlusses - Drucksache 21-1448 - die Finanzierung der Jugendkonferenz Olympia in Hamburg im Wichern-Forum vom 18. November 2015 nicht finanzieren. In Folge dessen werden die unter Punkt 3 beschlossenen 3.000 Euro nicht ausbezahlt.
2. Der Bezirksamtsleiter und der Vorsitzende des Präsidiums der BV werden aufgefordert in der BV Stellung zu beziehen.

Unser Antrag wurde in den Hauptausschuss der Bezirksversammlung verwiesen. Auf dessen Sitzung am 1. Dezember wurde er gegen die Stimmen der Linken abgelehnt.

Dieses Verfahren wollten wir dann aber so doch nicht auf sich beruhen lassen und beauftragten einen Rechtsanwalt, den Vorgang dahingehend zu prüfen, ob die Fraktion eine Möglichkeit hat, gerichtlich gegen diese Missachtung eines Bezirksversammlungsbeschlusses vorzugehen. Doch das Rechtsanwaltsbüro kam bei seiner rechtlichen Beurteilung eines möglichen Einspruchsrechts oder weiterer Handlungsmöglichkeiten zu folgendem Fazit: „Der Mandantin steht keine rechtliche Handhabe zu.“

Na toll! Eine Mehrheit in der Bezirksversammlung ist also nicht immer eine Mehrheit! Den mehrheitlich beschlossenen Antrag der SPD eins zu eins umzusetzen hat eine SPD/Grüne/CDU-Mehrheit abgelehnt!

Schlussendlich bleibt die Erkenntnis, dass nicht ein Mehrheitsbeschluss entscheidend für seine Umsetzung ist, sondern die Willkür derjenigen, die an den administrativen Schaltstellen der Durchführung sitzen.

► Tilman Rosenau

## Kirchdorf Süd

# **Aufhebung der Mietpreisbindung bei SAGA/GWG** **Mieterhöhung ab 2016 alle drei Jahre möglich!**

Foto: Ronald Wilken

**Während der Senat beim Bau von Wohnungen, die für Menschen mit niedrigem Einkommen bezahlbar sind, kleckert, fallen immer mehr Wohnungen aus der Mietpreisbindung.**

Zum 01.01.2016 wurde von der SAGA/GWG die Mietpreisbindung für einen Großteil der 1300 Wohnungen in Kirchdorf Süd aufgehoben und die Mieten erhöht. Die Aufhebung der Mietpreisbindung bedeutet, dass die Mieten alle drei Jahre bis zu 15% erhöht werden können, und das in einem Stadtteil, in dem Menschen leben, die kein hohes Einkommen haben.

„Alles wird besser in Wilhelmsburg“, so die Verantwortlichen des Hamburger Senats, die für die igs/IBA die Werbetrommel gerührt haben. Nicht bedacht wurde, dass im Rahmen der igs/IBA viele Wohnungen gebaut wurden, die sich Menschen mit einem normalen oder geringen Einkommen nicht leisten können. Die Folgen von teurem Wohnungsbau: Der Mietpreisspiegel steigt und damit auch die Mieten. In Wilhelmsburg gab und gibt es bei Neuvermietungen eine Mietsteigerung von bis zu 30%.

### **Bezahlbare Wohnungen sind schon lange eine Forderung der Linken.**

DIE LINKE fordert, dass die Mietpreisbindung bestehen bleiben muss, damit die Mieten bezahlbar bleiben. Wer sich eine Elbphilharmonie (750 Millionen Euro), eine igs (37 Millionen Euro Verlust), eine Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße (Anteil Hamburgs ca. 25 Millionen Euro), eine Olympiabewerbung (70 Millionen Euro), eine HSH Nordbank (Übernahme von drei Milliarden Euro und eine Bürgschaft von fünf Milliarden Euro) usw. leisten kann, der sollte auch in der Lage sein, dafür zu sorgen, dass die Mietpreisbindung nicht aufgehoben wird. Das kann allein dadurch erreicht werden, dass der städtische Konzern SAGA/GWG die jährlichen Gewinne, im Jahr 2014 180 Millionen Euro, „nicht an den Haushalt der FHH überweist, sondern u.a. für die Mietpreisbindung, Sanierung und den Neubau von Wohnungen einsetzt.

Der Senat fördert nach seinen Angaben seit 2011 jährlich 2000 neue Sozialwohnungen. Das wären bis 2025 28.000 neue Sozialwohnungen. Allerdings fallen im gleichen Zeitraum etwa 45.000 Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung. Unterm Strich wird es im Jahr 2025 nur noch 45.000 Sozialwohnungen geben. Anfang der 2000er Jahre waren es noch 150.000.

► Ronald Wilken

## Kaltenbergen

# Schuldenbremse und marode Straßen

## Auswirkungen der Schuldenbremse auf die Siedlung Kaltenbergen in Billstedt

Aufgrund eines Berichtes der Behörde im Regionalausschuss Billstedt wurden wir auf den maroden Straßenzustand in der Siedlung Kaltenbergen aufmerksam.

Wir traten in Kontakt mit Anwohnern, die in der Sitzung des Regionalausschusses anwesend waren und verabredeten schließlich einen Rundgang durch Kaltenbergen um uns selber ein Bild zu machen. Um den Zustand dort besser zu verstehen, ist es wichtig etwas von der Geschichte dieser Siedlung zu wissen. Die Siedlung wurde Mitte der 70er Jahre auf einem Areal errichtet, welches vom Ursprung eine alte Kiesgrube war, welche man z.T. mit Abfällen der Flutkatastrophe 1962 aufgefüllt hatte. Zu diesen Abfällen gehörten auch Tierkadaver und andere biologisch abbaubare Substanzen. Damit die Gebäude einen sicheren Stand hatten, mussten diese auf Stützpfehlern errichtet werden. Aufgrund des ständigen Auftretens von Faulgasen war es erforderlich, dass viele Gebäude mit Gasabzugsvorrichtungen, die noch heute als Schornstein ähnliche Rohre zu sehen sind, ausgestattet wurden. Da der Untergrund nie wirklich zur Ruhe kam, waren Straßenschäden in den Straßen Kaltenbergen und Rantumer Weg an der Tagesordnung, die seit vielen Jahren aufgrund der Sparpolitik des Senats nur noch notdürftig geflickt werden. Für den gesamten Bereich Billstedt mit einem Streckennetz von 500 km stehen dem Bezirk Mitte lediglich 300.000 Euro im Jahr zur Verfügung. Eine Sanierung der Straßen in Kaltenbergen würde jedoch viele Millionen Euro kosten.

Die folgenden Bilder demonstrieren den momentanen Zustand:



Wenn man die Straße Kaltenbergen überquert hat man an etlichen Stellen das Gefühl, das man in der Straßenmitte einen Hügel überqueren muss.



Zu den Gehwegen hin hat die Straße an vielen Stellen ein Gefälle von 5–8 Grad.



Foto: Wolfgang Strauß

Aufgrund des Gefälles bilden sich an den Straßenrändern häufig Pfützen, die teilweise knöcheltief sind. Da der Untergrund noch nicht zur Ruhe gekommen ist, bilden sich immer wieder Risse.

Es gibt weitere technische Mängel in der Straße Kaltenbergen, die Gegenstand eines Antrages der Linken im Regionalausschuss Billstedt waren. Diese sind in den folgenden Abbildungen dargestellt:



Eine typische Pfütze am Straßenrand mit einer Länge von ca. 4 Metern. Anwohner berichten, dass diese Pfütze, auch zu trockneren Zeiten vorhanden ist.



Erneute Rissbildung an einer Stelle die schon einmal geflickt wurde. Da der Untergrund „arbeitet“ verändern sich die Risse. Anwohner berichten, dass die Risse an einigen Stellen eine Tiefe von bis zu 50 cm haben.



Die Straße Kaltenbergen ist Tempo 30 Zone. Da das zugehörige Verkehrsschild jedoch parallel zur Einfahrt Kaltenbergen angebracht ist, wird dieses von vielen Autofahrern übersehen.



Der Übergang zum Spielplatz der Siedlung ist beidseitig durch jeweils 2 Sprunginseln gesichert. Diese Sprunginseln werden häufig durch häufig durch parkende PKW zweckentfremdet. Hierdurch entsteht die Gefahr, dass Passanten speziell Kinder von vorbeifahrenden Fahrzeugen übersehen werden.

### Die folgenden Punkte waren deshalb Gegenstand des Antrages vom 29.3.16

1. Der Regionalausschuss Billstedt fordert die zuständige Behörde auf die Einfahrt Kaltenbergen wieder eindeutig als 30 KM Zone kenntlich zu machen.
2. Der Regionalausschuss Billstedt fordert die zuständige Behörde auf die Sprunginseln vor dem Spielplatz Kaltenbergen mit Pollern zu versehen.
3. Der Regionalausschuss Billstedt fordert die zuständige Behörde auf dem Zustand der Straßen in der Siedlung Kaltenbergen Rechnung zu tragen und ein Parkverbot für Fahrzeuge mit einem Gewicht von mehr als 3 Tonnen auszuweisen.
4. Der Regionalausschuss Billstedt wird informiert wenn die Arbeiten abgeschlossen sind.

## Die Punkte wurden von SPD,Grünen, und CDU mit den folgenden Begründungen abgelehnt.

- zu 1) Dies sei keine Aufgabe des Regionalausschusses (Meinung von SPD und CDU), da hierfür der Wegewart zuständig ist. Anmerkung: Es gab in dieser Legislaturperiode viele Anträge der SPD, die sich mit Straßenschildern beschäftigten.
- zu 2) Poller seien nicht notwendig, da die Anwohner sich mit der Polizei in Verbindung setzen könnten. (Meinung von CDU und SPD) Das Argument der Anwohner, dass dies wiederholt ohne Erfolg geschehen ist, interessierte diese beiden Fraktionen nicht. Die CDU führte dieses auf die Überlastung der Polizei zurück und forderte in diesem Zusammenhang mehr Polizisten für das Revier 42. Auf die Entgegnung unserer Fraktion, wie diese Polizisten unter Berücksichtigung der Schuldenbremse zu finanzieren wären, hatte die CDU keine Antwort.
- zu 3) Nach Meinung der SPD kann Aufgrund STVO kein Parkverbot für Fahrzeuge bis 7,5 Tonnen ausgesprochen werden, wenn diese in normalen Wohngebieten parken. Was die SPD dabei übersehen hat, ist die Tatsache, dass eine Gemeinde im Falle von Besonderheiten ein Parkverbot z.B. für LKW aussprechen kann. Diese liegen hier aufgrund der Instabilität der Straße Kaltenbergen vor.

## Fazit

Die Bürger in Kaltenbergen sind SPD, Grünen und CDU egal. Selbst eine Gefährdung von Kindern wird in Kauf genommen. Bei uns und den Anwohnern, die der Sitzung beiwohnten, entstand der Eindruck, dass selbst Sachargumente im kommunalen Umfeld nichts bewirken, wenn es sich um einen Antrag der Partei „DIE LINKE“ handelt. Besonders interessant war, dass die Grünen nichts zu dem Thema zu sagen hatten und sich als Stimmvieh missbrauchen ließen. Wir werden in dieser Sache nicht aufgeben. Zunächst werden wir die Bürger in Kaltenbergen per Flugblattaktion über die Geschehnisse im Regionalausschuss Billstedt informieren. Es wird ferner einen erneuten Antrag zu diesen Sachverhalten von unserer Fraktion geben.

### ► Wolfgang Strauß

(auch Fotos und Bildbearbeitung)

# Unterbringung von geflüchteten Menschen in Hamburg

## und sozialer Wohnungsbau

Rund um Europa bestimmt in vielen Ländern den Alltag von Menschen der toben- und wütende Krieg, in dem es vor allem um Rohstoffe und andere Ressourcen, zum geringeren Teil auch um Glaubensfragen und Religion geht.

Dieser Krieg wird befördert durch Waffenexporte vieler Länder aus Europa und anderen Staaten der Welt, diese Waffenexporte und die damit einhergehende Kriegstreiberei sind die Fluchtursache für viele Menschen und Opfer aus den Kriegsregionen. Viele haben dabei ihre Liebsten verloren, manche sogar ihre ganzen Familien. Seit den vergangenen Weltkriegen hat es nicht mehr so viele Opfer in der Zivilbevölkerung gegeben, es ist kaum zu beschreiben, welche Schicksale von vielen Menschen aus den Kriegsgebieten damit verbunden sind, und es bleibt ein Riesenskandal in dieser unserer aufgeklärten Gesellschaft!!

Umso weniger ist es nachvollziehbar, dass der öffentlichen Unterbringung dieser Menschen in unserer Stadt, dem notwendigen und eiligen Bau von Flüchtlingsunterkünften vonseiten vieler Anwohner\*Innen so viel Abwehr entgegen schlägt. Was insbesondere deutlich wurde in etablierten Stadtteilen wie Flottbek und Othmarschen, Blankenese, Harvestehude und anderen kapitalträchtigen Wohnorten der Stadt. Begründet wurde diese Ablehnung häufig mit der schwierigen Integration der Geflüchteten, die von der Anzahl dieser Menschen abhängig gemacht wird. Kleinere Siedlungen werden gefordert, eigentlich gemeint ist aber: Nicht vor unserer Haustür! Es werden dabei häufig andere Orte, meist sogar in Industriegebieten und ähnlichen Gegenden vorgeschlagen, wo Störfallbetriebe und hohe Schadstoffbelastungen das Wohnen gänzlich ausschließen. Im Übrigen wäre in diesen abgelegenen Gebieten eine Integration bzw. Inklusion hierher geflohener Menschen wegen deren Abgeschiedenheit





gebundenen Wohnungen, welche jährlich aus der Sozialbindung herausfallen, werden durch den Neubau an sozialgebundenen Wohnungen längst nicht mehr aufgefangen. Bei gleichbleibendem Neubau von Sozialwohnungen bedeutet dies eine ständige Vergrößerung mietpreisgebundenen Wohnraums. Gleichzeitig nimmt der Bedarf an diesen Wohnungen ständig zu, sei es durch Zuzug in die Stadt Hamburg oder bedingt durch Einkommensverluste. Auch nimmt der Bedarf an bezahlbaren Singlewohnungen ständig zu.

Der Senat und die Koalitionsparteien der Stadt Hamburg, SPD und Grüne, aber auch die CDU reagieren bei weitem nicht angemessen auf diese lange sichtbaren Signale des stärker werdenden Bedarfes. Somit haben wir derzeit einen wachsenden Leerstand an frei finanzierten und Eigentumswohnungen, welche nur für einen geringen Teil an Menschen finanzierbar sind. Menschen mit weniger Einkommen finden keinen für sie bezahlbaren Wohnraum mehr.

Ich erinnere an die Forderung unserer Partei in vergangenen Wahlkämpfen: Bezahlbarer Wohnraum für alle Menschen! Wir richten unsere politische Arbeit in den Gremien und Fachausschüssen des Bezirks an dieser Forderung aus.

Dem Leerstand von Wohnraum könnten Stadt und Senat leicht entgegenwirken, zum Beispiel durch personelle Verstärkung bezirklicher Stellen für Wohnraumschutz. Diese brauchen größere Handlungsmöglichkeiten in sozialen Notlagen und müssen effektiv arbeiten können. Gentrifizierung, Vertreibung sowie eine spürbare starke Benachteiligung und Ausgrenzung einzelner Gruppierungen von Menschen aus den für sie gewohnten Zentren der Stadt an den Stadtrand, teilweise sogar aus der Stadt heraus, darf es zukünftig nicht mehr geben. Denn dabei werden soziale Bindungen gekappt, die für Menschen nun einmal lebenswichtig sind! Wir unterstützen die Obdachloseninitiative Hinz und Kunzt in ihrer Forderung nach Gleichbehandlung wohnungsloser Menschen bei der Unterbringung und der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum!

Zukünftig müssen bei Neubauten von Wohnraum mindestens 50 Prozent geförderter Wohnungsbau und damit mietpreisgebundene Wohnungen sein, damit die Wohnungsnot vieler Menschen endlich überwunden werden kann. Der Konkurrenzkampf der Wohnungsuchenden nimmt derzeit stark zu, sodass häufig 50 bis 100 Menschen vor einer angebotenen Wohnung Schlange stehen. Das fördert nicht nur Streit und Missmut bei den Betroffenen, sondern befeuert Neiddebatten und Verteilungskämpfe innerhalb dieser Gruppen. Somit werden die verschiedenen ohnehin benachteiligten Menschen gegeneinander ausgespielt und aufkeimendes rechtspopulistisches und nationalistisches Gedankengut wird befördert!

*Und das möchten wir doch alle nicht, oder?*

► **Maureen Schwalke**

## Bürgersprechstunden

### Hamm/Horn/Borgfelde/ Rothenburgsort

Jeden dritten Dienstag  
im Monat  
16:30–18:30 Uhr  
Cafe May  
Caspar-Voght-Straße 7  
20535 Hamburg

### St. Georg

Jeden ersten Mittwoch  
im Monat  
18:00–19:00 Uhr  
Geschichtswerkstatt  
Hansaplatz 9  
20099 Hamburg

## Wer macht was?

# Die LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte

(Stand Mai 2016)

### Bezirksfraktion



Christine Detamble-Voss (Vors.)

▶ [christine.detamble-voss@linksfraktion-hamburg-mitte.de](mailto:christine.detamble-voss@linksfraktion-hamburg-mitte.de)



Stefan »Teddy« Dührkop (stv. Vors.)

▶ [stefan.duehrkop@linksfraktion-hamburg-mitte.de](mailto:stefan.duehrkop@linksfraktion-hamburg-mitte.de)



Tim Eckbrett

▶ [tim.eckbrett@linksfraktion-hamburg-mitte.de](mailto:tim.eckbrett@linksfraktion-hamburg-mitte.de)



Steffen Leipnitz

▶ [steffen.leipnitz@linksfraktion-hamburg-mitte.de](mailto:steffen.leipnitz@linksfraktion-hamburg-mitte.de)



Ina Morgenroth

▶ [ina.morgenroth@linksfraktion-hamburg-mitte.de](mailto:ina.morgenroth@linksfraktion-hamburg-mitte.de)



Tilman Rosenau (Geschäftsführer)

▶ [tilman.rosenau@linksfraktion-hamburg-mitte.de](mailto:tilman.rosenau@linksfraktion-hamburg-mitte.de)



Maureen Schwalke

▶ [maureen.schwalke@linksfraktion-hamburg-mitte.de](mailto:maureen.schwalke@linksfraktion-hamburg-mitte.de)

- ▶ Sie erreichen die Abgeordneten und zubenannte BürgerInnen über die Geschäftsstelle der Bezirksfraktion DIE LINKE Hamburg-Mitte.

## Ausschuss- und Beiratsmitgliederliste (2016)

### Hauptausschuss

- ▶ 1. Mitglied: Christine Detamble-Voss
- ▶ 2. Mitglied: Stefan Dührkop

### Jugendhilfeausschuss

- ▶ Mitglied: Tim Eckbrett
- ▶ Zugewählte Bürgerin: Anja Post-Martens

### Bauausschuss

- ▶ 1. Mitglied: Steffen Leipzig
- ▶ 2. Mitglied: Bernhard Stietz-Leipzig
- ▶ Ständiger Vertreter: Roberto Politz
- ▶ Ständige Vertreterin: Sandra Clemens

### Stadtplanungsausschuss

- ▶ 1. Mitglied: Stefan Dührkop
- ▶ 2. Mitglied: Maureen Schwalke
- ▶ Ständiger Vertreter: Steffen Leipzig
- ▶ Ständige Vertreterin: Theresa Jakob

### Kultur- und Denkmalsausschuss

- ▶ 1. Mitglied: Ina Morgenroth
- ▶ 2. Mitglied: Bernhard Stietz-Leipzig
- ▶ Ständiger Vertreter: Tilman Rosenau
- ▶ Ständiger Vertreter: Roberto Politz

### Umwelt- und Verkehrsausschuss

- ▶ 1. Mitglied: Maureen Schwalke
- ▶ 2. Mitglied: Stefan Dührkop
- ▶ Ständiger Vertreter: Manfred Schubert
- ▶ Ständiger Vertreter: Steffen Leipzig

### Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung

- ▶ 1. Mitglied: Stefan Dührkop
- ▶ 2. Mitglied: Steffen Leipzig
- ▶ Ständiger Vertreter: Harald Singler
- ▶ Ständige Vertreterin: Verena Brachvogel

### Ausschuss für Soziales, Inklusion und Sport

- ▶ 1. Mitglied: Ina Morgenroth
- ▶ 2. Mitglied: Tim Eckbrett
- ▶ Ständige Vertreterin: Christine Detamble-Voss
- ▶ Ständiger Vertreter: Harald Singler

### Cityausschuss

- ▶ 1. Mitglied: Christine Detamble-Voss
- ▶ 2. Mitglied: Steffen Leipzig
- ▶ Ständige Vertreterin: Ina Morgenroth
- ▶ Ständige Vertreterin: Theresa Jakob

### **Regionalausschuss Finkenwerder**

- ▶ 1. Mitglied: Stefan Dührkop
- ▶ 2. Mitglied: Kerstin Fremder-Sauerbeck
- ▶ Ständiger Vertreter: Christian Sauerbeck

### **Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Finkenwerder**

- ▶ Mitglied: Stefan Dührkop
- ▶ Ständige Vertreterin: Kerstin Fremder-Sauerbeck

### **Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel**

- ▶ 1. Mitglied: Stefan Dührkop
- ▶ 2. Mitglied: Christine Wolfram
- ▶ Ständiger Vertreter: Manfred Schubert
- ▶ Ständiger Vertreter: Michael Czerwinski

### **Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Wilhelmsburg/ Veddel**

- ▶ Mitglied: Manfred Schubert
- ▶ Ständige Vertreterin: Christine Wolfram

### **Regionalausschuss Billstedt/ Mümmelmannsberg**

- ▶ 1. Mitglied: Maureen Schwalke
- ▶ 2. Mitglied: Tilman Rosenau
- ▶ Ständiger Vertreter: Wolfgang Strauss
- ▶ Ständiger Vertreter: Bernd Forkel

### **Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Billstedt/ Mümmelmannsberg**

- ▶ Mitglied: Maureen Schwalke
- ▶ Ständiger Vertreter: Wolfgang Strauß

### **Regionalausschuss Horn/Hamm/Borgfelde**

- ▶ 1. Mitglied: Tim Eckbrett
- ▶ 2. Mitglied: Marion Fisch
- ▶ Ständiger Vertreter: Harald Singler
- ▶ Ständige Vertreterin: Sandra Clemens

### **Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Horn/Hamm/Borgfelde**

- ▶ Mitglied: Tim Eckbrett
- ▶ Ständige Vertreterin: Sandra Clemens

## **Beteiligungsgremien**

### **Entwicklungsraum Billstedt/Horn (Forumsbeirat)**

- ▶ Harald Singler
- ▶ Vertr.: Willi Mittelstedt

### **Quartier I – Schiffbeker Berg /Legiencenter /Washingtonring**

- ▶ Harald Singler

### **Quartier II – Jenkelweg /Archenholzstraße**

- ▶ Wolfgang Strauss
- ▶ Vertr.: Maureen Schwalke

### **Billstedt S 3 – Mümmelmannsberg**

- ▶ Maureen Schwalke
- ▶ Vertr.: Wolfgang Strauss

### **Osterbrookviertel**

- ▶ Marion Fisch

### **Münzviertel**

- ▶ Steffen Leipzig
- ▶ Vertr.: Bernhard Stietz-Leipnitz

### **Marckmannstraße - Nachsorge (Stadtteilrat Rothenburgsort)**

- ▶ Frank Rinnert
- ▶ Vertr.: Bernhard Stietz-Leipnitz

### **St. Georg-Mitte**

- ▶ Bernhard Stietz-Leipnitz
- ▶ Vertr.: Ina Morgenroth

### **St. Pauli-Nord S 3 – Karolinenviertel (Kernbereich)**

- ▶ Bela Rogalla
- ▶ Theresa Jakob

### **St. Pauli S 5 – Wohlwillstraße**

- ▶ Verena Brachvolgel
- ▶ Vertr.: Holger Knorr

### **Veddel – Nachsorge**

- ▶ Stefan Dührkop

### **Wilhelmsburg – Sonderfördergebiet**

- ▶ Manfred Schubert

### **Wilhelmsburg S 5 – Südliches Reiherstiegviertel**

- ▶ Jörg von Prondzinski

### **Wilhelmsburg S 6 – Zentrum (Berta-Kröger-Platz)**

- ▶ Christine Wolfram
- ▶ Stellvertreter: Heiko Laue

### **Bürgerforum Hafencity**

- ▶ Christine Detamble-Voss
- ▶ Roberto Politz

**U**nd nun will ich euch mal etwas sagen:  
 Es ist ja nicht wahr, dass jene, die sich national  
 nennen und nichts sind als bürgerlich-milita-  
 ristisch, dieses Land und seine Sprache für sich  
 gepachtet haben. Weder der Regierungsvertreter  
 im Gehrock, noch der Oberstudienrat, noch die  
 Herren und Damen des Stahlhelms allein sind Deutschland. Wir sind  
 auch noch da.

Sie reißen den Mund auf und rufen: »Im Namen Deutschlands ...!«  
 Sie rufen: »Wir lieben dieses Land, nur wir lieben es.«  
 Es ist nicht wahr.

Im Patriotismus lassen wir uns von jedem übertreffen – wir fühlen in-  
 ternational. In der Heimatliebe von niemand – nicht einmal von jenen,  
 auf deren Namen das Land grundbuchlich eingetragen ist.

Unser ist es.

Und so widerwärtig mir jene sind, die – umgekehrte Nationalisten –  
 nun überhaupt nichts mehr Gutes an diesem Lande lassen, kein gutes  
 Haar, keinen Wald, keinen Himmel, keine Welle – so scharf verwahren  
 wir uns dagegen, nun etwa ins Vaterländische umzufallen. Wir pfeifen  
 auf die Fahnen – aber wir lieben dieses Land. Und so wie die nationa-  
 len Verbände über die Wege trommeln – mit dem gleichen Recht, mit  
 genau demselben Recht nehmen wir, wir, die wir hier geboren sind,  
 wir, die wir besser deutsch schreiben und sprechen als die Mehrzahl  
 der nationalen Esel – mit genau demselben Recht nehmen wir Fluß  
 und Wald in Beschlag, Strand und Haus, Lichtung und Wiese: es ist  
 unser Land. Wir haben das Recht, Deutschland zu hassen – weil wir es  
 lieben. Man hat uns zu berücksichtigen, wenn man von Deutschland  
 spricht, uns: Kommunisten, junge Sozialisten, Pazifisten, Freiheitlie-  
 bende aller Grade; man hat uns mitzudenken, wenn Deutschland  
 gedacht wird ... wie einfach, so zu tun, als bestehe Deutschland nur  
 aus den nationalen Verbänden.

**Deutschland ist ein gespaltenes Land. Ein Teil von ihm sind wir.**

Kurt Tucholsky 1929



# **DIE LINKE.**

**Fraktion in der  
Bezirksversammlung HH-Mitte**

**Kontakt:**

Bezirksfraktion DIE LINKE. Hamburg-Mitte  
Borgfelder Straße 83  
20537 Hamburg  
Tel.: (040) 285 769 08  
Fax: (040) 285 769 09  
fraktion@linksfraktion-hamburg-mitte.de  
Öffnungszeiten: Mo.–Do. von 10–15 Uhr  
oder nach Vereinbarung

**Büro Wilhelmsburg:**

Georg-Wilhelm-Straße 7a  
21107 Hamburg  
Tel.: (040) 328 440 35

**DIE LINKE.**  
Fraktion in der  
Bezirksversammlung HH-Mitte

MITTLINKS ist eine Broschüre der Bezirksfraktion DIE LINKE in Hamburg-Mitte  
V.i.S.d.P.: Stefan Dührkop und Tilman Rosenau  
Mai 2016, Auflage 1.000  
Satz und Layout: Drucktechnik  
Die Broschüre wird kostenlos abgegeben.